

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

208 (8.9.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.- M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelgep. 25 J.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.- M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der russisch-polnische Krieg Trotski über die Lage

In einer Gewerkschaftsversammlung in Charkow erklärte Trotski betreffend die Friedensverhandlungen mit Polen es seien zwei Lösungen der Frage möglich. Entweder hat die polnische Bourgeoisie die ihr erteilte Lektion verstanden. Dann wird sie sich bemühen, den Frieden so bald wie möglich zu schließen, da es ihr wohl klar ist, daß der Weg nach Moskau viel länger als der Weg nach Warschau ist. Hat aber die Bourgeoisie ihre imperialistischen Ziele nicht aufgegeben, so wird sie den wahnwitzigen Krieg gegen Rußland fortsetzen. Im letzteren Falle werden die russischen Arbeiter der polnischen Bourgeoisie eine Rechnung vorlegen über die Tausende von Menschenleben, die der russisch-polnische Bürgerkrieg gefordert hat. Im letzteren Falle d. h. wenn Polen die Gelegenheit Frieden zu schließen jahrelang läßt, wird das ganze Volk Sowjetrußlands und der Sowjetunion sein Herzblut vergießen, damit die rote Fahne über den Mauern Warschaws wehe.

Polen ändert seine Ansprüche

WTB. London, 8. Sept. Der „Times“ zufolge befragen Telegramme aus Warschau, daß Polen bereit ist, seine ursprüngliche Absicht, die Räumung des Gebietes von Sumalk durch die polnischen Truppen binnen zehn Tagen zu fordern, aufzugeben habe. Die polnische Regierung habe sich mit den Alliierten beraten und zeige jetzt eine maßvolle Haltung.

Der Reichskanzler über Oberschlesien

Berlin, 8. Sept. Der Reichskanzler hat an den deutschen Bevollmächtigten für das oberschlesische Abstimmungsgebiet Fürsten Schafschin ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß seitern das Reichskabinett und das preussische Kabinett in einer gemeinsamen Sitzung über die Mittel und Wege zur Abwehr der drohenden Gefahren beraten haben. Mit Entschlossenheit werden die Regierungen die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um der Bevölkerung Oberschlesiens bei ihrem gerechten Kampf zu helfen. Um der äußeren Bedrängnis zu wehren, die durch den Tod der Ernährer und durch zahllose Gewalttaten über zahlreiche unglückliche Familien hereingetragen ist, hat die Regierung einen Betrag von zehn Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Neuregelung der Polizei in Preußen

WTB. Berlin, 7. Sept. Heute fand im Ministerium des Innern eine Konferenz statt, in der sämtlichen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und den Kommandeuren der Sicherheitswehr usw. der Plan über die Neuregelung der Polizeiwesen vorgetragen wurde. Geplant ist: 1. Befestigung der herrschenden Verhältnisse auf dem Gebiete des Polizeiwesens, 2. Vereinfachung aller Polizeibeamtengruppen, 3. Herbeiführung einer klaren Verfassung, 4. Schaffung eines festen und einheitlichen Beamtenkörpers, der in geschlossenen Verbänden über den Staat verteilt werden soll, 5. Weibehaltung der Kasernierung in den zwölf von den vorgeseheneu jensehn Dienstjahren, jedoch nur wenig mehr als 10 Prozent der Beamten außerhalb wohnen, 6. eine den Jugendstufen der Entente entsprechende starke Bewaffnung, deren Erweiterung übrigens in Aussicht steht, 7. einheitliche Leitung durch die Oberpräsidenten mit Hilfe eines ihnen zu diesem Zweck unterstellten Beamtenkörpers, 8. Schaffung eines besonderen Polizei-Schulwesens. Der erste Teil der Neuordnung soll noch vor Ende dieses Monats nach Genehmigung durch das Staatsministerium und die Landesversammlungen durchgeführt werden.

Gegen die Kriegsgesellschaften

Berlin, 8. Sept. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages nahm einstimmig eine Entschließung an, die die Reichsregierung ersucht, sofort Maßnahmen zu treffen, um die bei den Kriegsgesellschaften existierenden Überflüsse, soweit die bestehenden Verordnungen nicht andere Rechtsansprüche gestatten, für die Allgemeinheit sicherzustellen. Ein Antrag der Deutschen Nationalen auf Aufhebung sämtlicher Kriegsgesellschaften und Aufhebung der Aufsichtsbefugnisse veranlaßte den Reichswirtschaftsminister zu der Erklärung, daß er im Zusammenhang mit diesem Antrag vorgebrachten Gründe berechtigt finde und daß der Antrag eingehend geprüft werden solle.

Der Kommunistenstreik von Erfurt

Erfurt, 7. Sept. Die Nachricht von der Vernehmung von Ententemunition durch Erfurter Eisenbahnarbeiter behält sich leider. Durch Wolffs Bureau wird folgende amtliche Mitteilung darüber verbreitet: Am 3. September haben Eisenbahnarbeiter auf dem Bahnhof Erfurt einen mit Munition beladenen Wagen aus einem vorchriftsmäßig angemeldeten Ententenaufschubzug abgehängt, obwohl auch dieser Wagen ordnungsgemäß kennzeichnet gemacht war. In Verhandlungen mit den Arbeitern erreichte die Eisenbahndirektion die Zustimmung, daß der Wagen mit dem nächsten Ententezug weiterlaufen sollte. Trotzdem haben am 4. September Eisenbahnarbeiter auf freiem Felde verarmt. Der Reichs-Verkehrsminister hat die Eisenbahndirektion telegraphisch angewiesen, sofort alle bei dem Abhängen und Entladen des Wagens und der Vernehmung der Munition beteiligten Arbeiter ohne Rücksicht auf eine Abmahnung zu entlassen und sie außerdem der Staatsanwaltschaft zur gezielten Verfolgung anzuzeigen und für den der Eisenbahndirektion etwa entstehenden Schaden haftbar zu machen. Beamte sind, soweit bisher festgestellt, an der Tat nicht beteiligt.

Schweizer Sozialisten und 3. Internationale

WTB. Bern, 8. Sept. Die sozialistische Presse der Schweiz bespricht den Beschluß der sozialistischen Geschäftsleitung betreffend den Antrag an die gesamte Partei auf Nichtbeitritt zur 3. Internationale. Die „Berner Tagwacht“ erklärt, daß die Annahme der Moskauer Bedingungen die Vernichtung der schweizerischen Partei und der Gewerkschaften bedeuten würde. Die Bedingungen seien nicht nur praktisch undurchführbar, sondern ihre

theoretische Anerkennung allein würde schon zu schweren inneren Konflikten führen. Der „Basler Vorwärts“ hingegen kämpft für die Annahme der Bedingungen durch die Partei.

Keine allgemeine Arbeitsdienstpflicht

Berlin, 8. Sept. Ein Berliner Blatt hatte die Nachricht gebracht, daß das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf zur Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht im deutschen Reich vorbereitet. Die Nachricht ist, wie von dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, nicht zutreffend. Im Reichsarbeitsministerium gehen seit längerer Zeit immer wieder Anträge und Vorschläge zur Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ein und werden auf ihre Bedeutung und praktische Durchführbarkeit geprüft. Diese Prüfung hat aber bisher weder zu bestimmten Entschlüssen der Reichsregierung, noch zur Aufstellung eines Gesetzentwurfes geführt.

Die amerikanischen Milchläse

WTB. Berlin, 8. Sept. Das Zentralkomitee des Vereins vom Roten Kreuz teilt mit: In letzter Zeit sind wiederholt Mitteilungen über die amerikanischen Milchlieferungen durch die Presse gegangen, bei denen das Rote Kreuz als mitbeteiligt erwähnt wurde. Bei den Beratungen über dieses Liebeswerk deutsch-amerikanischer Kreise hat das Rote Kreuz schon seit vier Monaten für schnelle Durchführung der Aktion gesprochen. Anfangs August wurde es in der Sache des Prochraumes wiederum befragt und hat damals innerhalb weniger Tage, den für die ersten 2000 Kühe notwendigen Schiffsraum zur Verfügung stellen können. Einwände sind aber von diesem Angebot kein Gebrauch gemacht worden. Das Rote Kreuz ist selbstverständlich stets bereit gewesen, seine Verbindungen in den Dienst dieses wunderbaren Werkes zu stellen.

Englischer Gewerkschaftskongress

WTB. Amsterdam, 7. Sept. Neuter. In Paris-mouth wurde gestern der Gewerkschaftskongress eröffnet. Insgesamt waren 950 Delegierte, die 8 1/2 Millionen Mitglieder vertreten. Das Unterhausmitglied Thomas als Präsident hielt eine Ansprache, in der er den drohenden Kohlenstreik nicht erwähnte. Einer Meldung des „Telegraph“ zufolge entrollte Thomas zu Beginn seiner Rede ein verfassungsrechtliches Bild über die allgemeine Lage. Er sagte: Der europäische Frieden kann nur zustande kommen, wenn alle Länder, die am Kriege teilgenommen haben, den Vertrag in einem anderen Geiste auslegen, als dem, in dem er abgeschlossen wurde. Unsere Gegner wissen, daß unser einziges Ziel war, einen Krieg mit Rußland zu verhindern. Thomas hob dann hervor, daß das Vorgehen bezüglich Rußlands keine Billigung des Räte-systems bedeute und er betonte das Recht des russischen Volkes, seine eigene Regierungsform zu wählen. Thomas stellte weiter die Forderung auf, daß Polens Unabhängigkeit gewahrt bleiben müsse. Zum Schluß sprach er über die finanzielle und industrielle Lage. Er sagte, der kommende Winter werde wahrscheinlich der schwerste sein, den man seit Jahren erlebt habe. Kaufleute seien bereits arbeitslos, und es sei klar, daß das industrielle Leben einer Krise entgegengehe. Er glaube nicht, daß die Arbeiter den Kampf um des Kampfes willen wolle. Andererseits müsse man sich deutlich klar machen, daß die Aufsperrung und Antretung von jenen, durch die die Arbeiterklasse ihre gegenwärtige Stellung erreicht habe, nicht verloren gehen dürfe.

Der Kongress nahm alsdann eine Entschließung an, in der die Freilassung des Bürgermeisters von Corf gefordert wird.

Schneewasser in Oberbayern und Salzburg

München, 7. Sept. Die Gefahr einer Hochwasserkatastrophe, wie sie seit dem Jahre 1890 nicht mehr bekannt wurde, bedroht Bayern und das Salzburgerische Land. Schon die Flur hat bei München einen enorm hohen Pegelstand von über 3 Metern erreicht. Bedrohlicher aber noch sind die Nachrichten, die aus dem ganzen Lande eintreffen und von Stunde zu Stunde die Gefahr härter erscheinen lassen. Besonders hoch gestiegen sind von den Flüssen der Inn, der Lech und die Salzach.

In Salzburg sind die Straßen an der Salzach bereits vollkommen überflutet. Der Fluß strömt in einer dreifachen gelben Flut dahin; auf ihr schwimmen Baumstämme, tote Tiere, Gerüsttrümmer, Teile von Brücken. Das Komital im Salzburgerischen ist noch mehr gefährdet. Das Wasser ist dort bereits mehrere Meter tief. Zahlreiche Häuser sind von jeder Verbindung abgeschnitten. Der Bahndamm ist teilweise eingestürzt. Versteckungen sind nahezu von der Außenwelt abgeschnitten. Das Hochwasser hat auch schwere und höchst bedauerliche Schädigungen an den Eisenbahnstrecken im Gölzgebiet. Der Schaden wird schon jetzt auf viele Millionen beziffert.

Erdbeben in Italien

Karlsruhe, 7. Sept. Seit Montag nachmittag registrieren die Seismographen der Durlacher Erdbebenwarte und des Geodätischen Instituts der Technischen Hochschule Erdbeben, deren Herde in der durchschnittlichen Entfernung von 300-400 Km. liegen.

Heidelberg, 7. Sept. Heute früh um 6 Uhr 57 Minuten 4 Sekunden zeigte ein sehr kräftiges, nicht sehr fernes Erdbeben ein, dessen zweiter Vorläufer 6 Uhr 57 Minuten 57 Sekunden anlang. Die Entfernung des Herdes beträgt etwa 490 Kilometer.

Mailand, 7. Sept. Das am Dienstag vormittag 7 Uhr 57 Minuten in Oberitalien veriperte Erdbeben hatte seinen Herd im nördlichen Toskana. Besonders hart wurde die Gegend der Biemorrobrücke von Massa und Carrara mit ihren Arbeiterdörfern heimgesucht. Nach den ersten sich noch widersprechenden und unvollständigen Berichten sollen zahlreiche Dörfer vollständig zerstört sein. Einige Arbeitergruppen wurden beim Einsturz der Brücke verhaftet. Die durch das Erdbeben angerichteten Verwüstungen sollen besonders auch im Tale der Verigilla außerordentlich schwer sein. Die Dörfer Giffano, Signetta und ein Teil von Aulio liegen in Trümmern. In Livorno, Livorno, Foch und Montignoso soll kein Haus mehr unversehrt sein. Aus Florenz und Spezia sind Truppen nach der Erdbebenzone abgegangen. Alle verfügbaren Kräfte reifen in das nördliche Toskana. Es wurden bereits mehrere Tote geborgen. Die Zahl der Opfer und die Tragweite des Bebens sind jedoch wegen der Unterbrechung der Telegraphen und Telefonverbindungen noch nicht zu übersehen.

Widersinniger Kommunismus

Von G. Müller-Altenburg

... In Frankreich schloßen sich die Kommunisten an die sozialistisch-demokratische Partei an gegen die konservative und radikale Bourgeoisie, ohne darum das Recht aufzugeben, sich kritisch zu den aus der revolutionären Ueberlieferung herrührenden Phrasen und Illusionen zu verhalten.

In der Schweiz unterstützen sie die Radikalen, ohne zu verkennen, daß diese Partei aus widersprechenden Elementen besteht, teils aus demokratischen Sozialisten im französischen Sinne, teils aus radikaler Bourgeoisie.

Unter den Polen unterstützen die Kommunisten die Partei, welche eine agrarische Revolution zur Bedingung der nationalen Befreiung macht, dieselbe Partei, welche die Krakauer Insurrektion von 1846 ins Leben rief.

In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die alte Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei. (Kommunistisches Manifest.)

Mary und Engels haben, als sie diese Grundzüge in das kommunistische Manifest schrieben, genau gewußt, aus welchem Grunde das geschah, sie wußten, daß die Kommunisten (so war damals der Name für die Sozialdemokraten, im Gegensatz zu allerlei bürgerlichen Reformern, die sich Sozialisten betitelten, D. N.) in der Minderheit waren und nicht über die Kräfte verfügten, die notwendig waren, die wirtschaftlichen und sozialen Ziele durchzuführen. Aus diesem Grunde, und aus keinem anderen, setzten sie in der internationalen Proklamation fest, daß die Kommunisten auch radikale bürgerliche Parteien unterstützen. Diese Unterstützung war durchaus revolutionär, revolutionär im Marx-Engelschen und auch im Lassalleschen Sinne, das heißt also in dem der Umwälzung. Solche Hinweise finden sich in großer Anzahl in dem Aufruf, der mit den Worten schließt: Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Mit dieser Unterstützung fortschrittlicher Bürgerlicher setzten sie durchaus nicht die Gefahr voraus, daß durch die Verührung der widerstreitenden Elemente das radikalste, die Kommunisten, verbürgerlichen müßte. Sie nahmen vielmehr an, daß sie den Sauertrieb bildeten, der sich auswirkt und schließlich die ganze Gesellschaft in Ordnung bringt. Von wo aus konnte das besser und sicherer geschehen, als von den Parlamenten? Nach dieser Auffassung genügte auch als letzte Konsequenz nicht, nur Reden zum Fenster hinaus zu halten, um die Massen aufzurütteln, diese Arbeit war gewiß notwendig und durfte nicht aus den Augen gelassen werden, jedoch ebenso notwendig, notwendiger noch, war die proletarische Tätigkeit in Ausschüssen, Kommissionen und letzten Endes in der Regierung.

Das kommunistische Manifest fordert auch nicht, daß diese Tätigkeit überall gleich sein müsse. Sie richtet sich vielmehr ganz und gar nach der wirtschaftlichen und politischen Konstitution eines Landes, ist also zunächst national. Das war und ist auch ganz selbstverständlich. Wenn in Rußland die Kommunisten es für notwendig halten und für zweckmäßig, den Bolschewismus durchzuführen, so mag die Struktur des Landes das zulassen, schließt aber noch nicht in sich, daß dies auch für Deutschland oder England mit der entwickeltesten Industrie richtig ist. Oder wenn die französischen Sozialisten einen anderen Weg gegangen sind, so lag das an der geistigen Entwicklung, die ihnen die Rhetorik gewiesen hat. Sie ist herabgegangen aus dem Kleinbürgertum, wogu noch kam, daß der industrielle Aufstieg in Frankreich bis auf den heutigen Tag noch nicht mit solchen Riesenschritten vorwärts geeilt ist, wie in Deutschland oder England, während in Rußland zwar in einzelnen Distrikten die Industrialisierung vorwärts schritt, aber bei dem ungeheuren Ausmaß der Größe des Reiches nicht die Wirkung hervorbrachte wie in den anderen genannten Staaten, vielmehr hielt sich in Rußland das persönliche Regiment im wahren Sinne des Wortes aufrecht.

Diesen Verhältnissen sollte Rechnung getragen werden. Die Verfasser des kommunistischen Manifestes wollten den Führern der Bewegung freie Hand lassen, sie wollten die Bewegung nicht gebremst wissen, sie wollten nicht, daß sie einseitig werde und damit erstarre, denn die Erstarrung bedeutete den Tod.

Wesentlich verschieden davon sind die heutigen Kommunisten. Sie proklamieren sich als die einzigen und wahren Vertreter der Revolution, aber sie haben die kommunistischen Lehrräte zum unbedinglichen Dogma gemacht, haben sie versteinert und bereiten somit die Absichten der Schöpfer der Bewegung. Marx und Engels zeigen ausdrücklich auf, wie in den einzelnen Ländern die Kommunisten gemeinsam mit anderen Schichten arbeiten können, um ans Ziel zu kommen und daß sie diesen Weg beschreiten sollen. Für Deutschland sagen sie es mit den Worten:

In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die alte Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei. Freilich unsere heutigen Kommunisten, mit Einschluß der Unabhängigen, sind nicht mehr die, die Marx und

Engels flüchtet haben, sie sind selbst herabgehunken zur Kleinbürgerei und sehen die Verwirklichung des Kommunismus lediglich in der Bekämpfung ihrer Klassenossen und in dem Aufdecken vermeintlicher Fehler, die auf dem Wege zum Ziele begangen werden. Sie bestreiten dem Proletariat das Recht, an der Regierung teilzunehmen, so lange auch „Bourgeois“ daran teilnehmen. Nun haben wir aber in Deutschland die Hoffnung, daß Teile der Bourgeoisie gegen die alte Monarchie revolutionär aufzutreten, wenn auch nicht im vollen Maße. Aber doch grundsätzlich: weitere Teile des Bürgertums, die Demokraten, wollen die Monarchie nicht wieder haben. Sich mit ihnen zu dem Zweck verbinden, ist demnach im Sinne des kommunistischen Manifestes geboten. Dies ist um so notwendiger, als die bürgerlichen „Revolutionäre“ keineswegs allzu zuverlässig sind, ihre Reihen müssen mit sozialistischem Eifer durchsetzt werden, um einen Rückschlag zu verhindern. Die Fortschritte, die das deutsche Proletariat auf politischem Gebiete gemacht hat, sind so groß, daß es in die Regierung eintreten kann. Der Teil des Proletariats, der sich am radikalsten gebildet, verweigert dem Proletariat die Erfüllung der Grundfätze des kommunistischen Manifestes, befürchtet die Gefahr herauf, der bürgerlichen Klasse die soeben errungene Macht wieder auszuliefern und wirkt damit reaktionär.

Voraus geht unweigerlich hervor, daß es mit der Grundfähigkeit der Kommunisten und Unabhängigen nicht weit her ist, daß sie insbesondere mit dem kommunistischen Manifest in keiner Weise zusammenhängen. Durch ihr Verhalten erschweren sie den Kampf, es widerspricht den Vätern der Bewegung, freiwillig auf eine Machtposition zu verzichten. Weder die Kommunisten noch die Unabhängigen haben ein Recht, sich auf das kommunistische Manifest zu berufen.

Crispien über den Bruderkrieg

Der Vorsitzende der U. S. P., Crispian, führte auf der Konferenz der Unabhängigen, wie wir noch nachtragen, aus:

„Die Arbeiterklasse wendet sich an innerem Bruderkrieg. Wie wollen wir uns behaupten gegen die Bourgeoisie, gegen die Bauern, gegen die Militärs und gegen einen nicht kleinen Teil der Arbeiterschaft? Darauf ist Antwort zu geben, das steht der „Rote Fähe“ zu. Die kommunistische Politik erzeugt die Rutsche, erzeugt die Niederlagen, wie jetzt in Stuttgart. Sind wir solche Knechte, die nicht mehr sagen sollen, diese Aktion ist verfehlt, sie ist nicht revolutionär, sie ist gegenrevolutionär? Wenn wir heute Rußland nicht besser helfen können, so liegt das an der deutschen kommunistischen Partei. Deren Politik muß zum Verhältnis Deutschlands und der Weltrevolution führen.“

Leider trifft das, was Crispian hier von den Kommunisten sagt, bisher auch auf die Unabhängigen zu. Wenn keine Einigkeit der Sozialisten möglich ist, dann ist es eben nicht erreichbar, daß wir gegen die Bourgeoisie, die Offiziere und einen erheblichen Teil der Arbeiterklasse unseren Willen durchsetzen. In Stuttgart waren die Unabhängigen nicht ungeschuldiger als die Kommunisten. Die von den Unabhängigen geschürte Zwietracht führt nicht minder zum Verhängnis für Deutschland und die Weltrevolution, als die Politik der U. S. P.

Der „revolutionäre Popanz“

In der „Freiheit“ veröffentlicht der unabhängige braunschweigische Ministerpräsident Sepp Dertter einige rücksichtslos offene Artikel gegen Moskau. Im ersten Artikel, den wir im Auszug brachten (siehe Nr. 206) bezeichnete er die dritte Internationale als eine „spießbürgerliche Verschwörung“ und Lenin und Trotzki werden als reaktionär und unsozialistisch abgetan. Im zweiten Artikel geht der gute Sepp, der, seitdem er als Minister praktisch arbeiten muß, seinen früheren Radikalismus verloren hat, noch viel weiter, indem er sagt:

„Es fällt mir nicht ein, den russischen Stiefel zu lecken, ebenso wenig erkebe ich in demüßvoller, kritischer Hochachtung vor der kommunistischen Partei. Gerade die Richtlinien, die der Kongreß in Moskau in seinem Expose über die kommunistische Partei und die proletarische Revolution auf-

gestellt hat, geben mir Veranlassung zu einer ich will es ohne weiteres sagen, recht rücksichtslosen Kritik der kommunistischen Partei. Diese Partei ist nichts anderes als ein revolutionärer Popanz, ausgekostet mit einem durchaus spießbürgerlichen Inhalt.“

Unsere Partei wird, so schließt Sepp Dertter seinen Artikel, und das wird das Gute sein, was uns jetzt Moskau begehrt hat, als revolutionäre sozialistische Partei die Scheidelinie zwischen sich und der kommunistischen Partei, als einer spießbürgerlichen und daher reaktionären Partei, strenger als bisher ziehen müssen. Sie wird innerlich geschloffen, sie wird stiller werden, und sie wird endlich in ihrer Haltung und Taktik sich losmachen von dem verächtlichen Einverständnis nach der kommunistischen Partei, deren Sündenregister man glauben nachahmen zu müssen.“

Das hätte Sepp Dertter und mit ihm die gesamte U. S. P. Partei schon lange einsehen können, dann wäre die deutsche Arbeiterbewegung nicht durch die unselige Spaltung so unendlich schwer geschädigt worden.

Der große Steuerschwindel

In der „Deutschen Tageszeitung“ führt der Syndikus des Bundes der Landwirte Paul Müderer einen verzeiweligen Kampf dagegen, daß zu den jetzigen großen Steuern die Landwirtschaft nach dem Ertragswert der Krieges- und Revolutionsjahre eingeschätzt werde. Der Ertragswert dieser Jahre stehe zu dem dauernden Werte der Grundstücke in keinem Verhältnis. Das ist ja ein sehr interessantes Geständnis! Bisher hat die Landwirtschaft stets bestritten, im Kriege unnützlich verdient zu haben. Jetzt, wo sie Steuern zahlen soll, gesteht sie den hombrennenden Gewinn in der Zeit schwerster Volksnot fast lächelnd zu.

Die Agrarier wollen nach dem Ertragswert der Vorkriegszeit zur Steuer veranlagt werden. Das ist ein großzügiger Steuerschwindel. Denn der Ertrag der Vorkriegszeit drückt sich in Goldmark aus, für 10 000 Goldmark, die ein Landwirt vor dem Kriege verdiente, will er jetzt 10 000 Papiermark besteuern. Also noch nicht den sechsten Teil seines wirklichen Einkommens vor dem Kriege!

Man stelle sich folgendes vor: Jemand besitzt noch 100 000 Mark in Goldmünzen und soll jetzt davon den fünften Teil als Steuer entrichten. Er zahlt 20 000 Mark in Papier. Hat er den fünften Teil seines Vermögens abgegeben? Noch nicht den fünfzigsten Teil, denn 100 000 Goldmark sind weit mehr als eine Million Papiermark wert. Der Schwindel wäre nur möglich, weil zwei ganz verschiedene Größen (Goldmark und Papiermark) als „Mark“ gleichgesetzt werden. Deshalb bestimmen die neuen Steuererlasse, daß Goldmünzen zum vollen Kurswert zu versteuern sind.

Aber an dem Beispiel ändert sich nichts, wenn jemand vor dem Kriege für 100 000 Goldmark ein landwirtschaftliches Gut gekauft hat. Jetzt er zahlt den Wert des Gutes, für das er 100 000 Goldmark angelegt hat, in seiner Steuererklärung zu 100 000 Papiermark ein, so begehrt er genau den gleichen Schwindel, wie der Mann, der seine Goldmünzen so versteuern wollte, als ob sie Papierstücke wären.

Während dieses durch das Gesetz ausdrücklich verboten wird, wollen die Agrarier in ihrer Gesamtheit für sich das Recht beanspruchen, den Goldwert ihrer Grundstücke als höherer Papierwert zu versteuern. Sie wollen also noch nicht ein Schmelz der ihnen wirklich obliegenden Steuern zahlen. Die agrarische Steuer-Drückbergerei kennt keine Grenzen!

Während das Volk hungert und darbt...

Unter der Überschrift „Dividende“ schreibt die demokratische „Frankfurter Zeitung“:

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß Aktiengesellschaften in Form von Dividenden oder Gratiskonten ihren Aktionären Summen zuwenden, deren Höhe des allgemeinen Interesses wert sind. Wenn diese hohen Dividenden wenigstens noch ein Zeichen besonderer Prosperität der deutschen Wirtschaft wären! Aber wie es damit aussieht, ist zur Genüge bekannt. Diese hohen Dividenden sind in einer Zeit, wie der heutigen, wo zwischen Kaufkraft und Preisen ständig die Kluft wächst, nur möglich, indem ohne Rücksicht auf die kaufschwachen Konsumenten die Preisfrage angezogen wird, oder wenn auf dem Rücken der misere contribuentis plebs „Konjunktur“ Gewinne gemacht werden. Man fragt sich: hat das Reich nicht Mittel und Wege, derartig übermäßig hohe Gewinne von Gesellschaften für die Allgemeinheit zu erfassen? Warum greift der Staat nicht zu? Hier liegen die Gewinne offen zutage, es bedarf nur einiger billigerer Steuerbeamter und einer entsprechenden Verringerung der Bilanzierungsvorschriften, um zu verhindern, daß ihm keine Beträge in der Erfassung entgehen. Angefichts der allgemeinen Wirtschaftskrise und der trostlosen Lage der

Staatssassen ist es unerträglich, daß Dividenden verteilt werden, die nicht anders gekennzeichnet werden können, denn als Lohn gegenüber der Last, unter der die Allgemeinheit leidet. Wir greifen zuwagend einige Fälle der letzten Zeit heraus.

Die Zuckerfabrik Glauzig, die im Vorjahre ihren Aktionären ein großes Bezugsrecht in den Schoß warf, verteilt bei 1920 nahezu verdoppeltem Aktienkapital und bei dem gleichen Reingewinn wie im Vorjahre 25 Prozent (Vorjahr 18 Prozent) Dividende. Hören wir, wie die Fabrik dies erklärt: eine beständigste Ernte, eine sehr gute Zuckerausbeute und eine günstige Verwertung aller Produkte. Und wie sieht es mit den Zahlen aus? Verarbeitet wurden 280 688 Doppelzentner Rüben gegen 478 600 Doppelzentner im Vorjahre bei einem Zuckergehalt von 13,15 Prozent gegen 18 Prozent. Das geht über den Bestand aller Zuckers, die nicht im Ausschicht der Zuckerfabrik sitzen, wohl hinaus, aber der Endeffekt, die 25 Prozent Dividende, stimmt.

Die Kohlenbergbauwerke Graf Bitter Aktiengesellschaft in Unterneubrunn verteilte 40 Prozent und überdies auf je zwei alte eine Gratiskonten. Summa summarum also, von der Kapitalvermehrung und dem Agioertrag abgesehen, 90 Prozent. Dabei hört man vielfach die Behauptung, daß das deutsche Glas nicht so recht konkurrenzfähig sei. Die Gesellschaft hat übrigens schon früher gut verdient, so 1917: 40 Prozent. Für 1918 finden sich keine Angaben.

Die von Bonnet Glasfabrik Aktiengesellschaft in Friedrichshain verteilte 30 Prozent (i. S. 20 Prozent).

Noch einige Fabriken aus der Textilbranche. Es braucht niemand ins Gedächtnis zurückgerufen zu werden, wie schwer es heute für die meisten Menschen ist, sich einen Anzug, sich auch nur ein Hemd zu kaufen. Trotz der angeblich so sehr herabgesetzten Preise, bei denen, wie immer in solchen Fällen, das Geschäft größer ist als die Preisherabsetzung. Aber sehen wir uns einige Ausschüttungen an:

Die Norddeutsche Wollmanufaktur und Kammergarnspinnerei verteilte neben 12 (Vorjahr 10) Prozent Dividende nicht weniger als die Hälfte des Aktienkapitals in Form von Genussaktien an ihre Aktionäre.

Die Oera-Greizer Kammergarnspinnerei gewährt auf je eine alte Aktie (in besonderer Form, die an der Sache nichts ändert) eineinhalb Gratiskonten: also das eineinhalbfache Aktienkapital. Die Tüll- und Gardinenweberei Aktiengesellschaft in Plauen beantragt 20 (Vorjahr 15) Prozent Dividende und mindestens Verdoppelung des 1,8 Millionen Mark betragenden Kapitals.

Man kann die Sache drehen und wenden wie man will. Wer hat letzten Endes die Dividenden aus seiner Tasche zu zahlen? Der Konsument. Der Herr Finanzminister sei auf diese Verhältnisse hingewiesen. Oder: das Reich verwendet Milliarden für Lebensmittelerbilligung — der Herr Wirtschaftminister sei darauf hingewiesen, daß sich hier vielleicht ein ganz hübsches Sümmchen für die notleidende Bevölkerung aus den Taschen der nicht notleidenden Bevölkerung sammeln ließe. Und schließlich sei der Reichstag einmal auf das dauernd wachsende Defizit im Staatshaushalt und auf seine Pflicht verwiesen.

Bewerkschaftliches

Die „Metallarbeiterzeitung“ über das Rätesystem

Die neueste Nummer der „Metallarbeiterzeitung“ berichtet, daß der Vorstand und der Ausschuß des Verbandes an Stelle des aus der Redaktion ausgeschiedenen Kollegen Richard Müller den Kollegen Paul Hermann aus Düsseldorf neben dem bisherigen Redakteur Paul Geatz mit der Redaktion betraut hat.

Die neue Redaktion veröffentlicht eine längere programmatische Erklärung, in der sie sich verpflichtet, die Redaktion in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des letzten Verbandstages zu führen. Ueber die Stellung zum Rätesystem heißt es in der Erklärung:

„Das Rätesystem ist das Herrschaftsinstrument der Arbeiterklasse der Zukunft. Ausgebaut und gegliedert nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten, soll es zu einem Organismus gestaltet werden, der geeignet ist, die Herrschaft der besitzenden Klasse in der Politik sowohl als auch im Wirtschaftslieben abzulösen und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Dies kann nur geschehen unter Mitwirkung und tatkräftiger Förderung revolutionärer Gewerkschaften. Die Erfassung der jetzigen Betriebskräfte und deren Zusammenfassung durch die Gewerkschaften bildet nach unserer Meinung die einzige Möglichkeit, den Betriebsräten, organisch verbunden und vereint mit dem revolutionären Proletariat, über die papierernen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinaus Reichhaltigkeit und Kraft zu verleihen. Wohlgeißt von den Massen der Arbeiterklasse als Leber- und Sondereorganisation können die Betriebsräte ihre revolutionären Aufgaben nicht erfüllen. Das Rätesystem als ein Leber-Organisationsgebilde zu schaffen, lehnte der Verbandstag ausdrücklich ab.“

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff

(Fortsetzung.)

Es war eine jener ernsten, beinahe wehmütigen tönenden Weisen, wie sie, durch ihren inneren Wert erhalten und fortgetragen, bis auf unsere Tage herabkommen. Noch heute leben sie in dem Munde der Schwaben, und oft und gerne haben wir, ergriffen von ihrer einfachen Schönheit, von den gehaltenen Klängen ihrer vollen Akkorde, an den lieblichen Ufern des Neckars sie belauscht.

Der Sängler begann von neuem:

„Kaum gedacht,
War der Luft ein End' gemacht;
Gestern noch auf stolzen Helsen
Heute durch die Brust geschossen,
Morgen in das kühle Grab.“

„Doch was ist
Aller Erden Freud' und Lust!
Brachst du gleich mit deinen Wangen,
Die wie Milch und Purpur drangen,
Sieh, die Rosen wellen all.“

„Darum still
Geh' ich mich, wie Gott es will:
Und wird die Trompete blasen,
Und muß ich mein Leben lassen,
Stirbt ein braver Reitermann.“

„Wahrlich, Ihr habt eine schöne Stimme,“ sagte Herr von Kraft, als er in das Gemach eintrat. „Aber warum singt Ihr so traurige Lieder? Ich kann mich zwar nicht mit Euch messen, aber was ich singe, muß schönlich sein, wie es einem jungen Mann von achtundzwanzig geziemt.“

Georg legte sein Schwert auf die Seite und bot seinem Gastfreund die Hand. „Ihr mögt recht haben,“ sagte er, „was Euch betrifft. Aber wenn man zu Feld reitet, wie wir, da hat ein solches Lied große Gewalt und Trost, denn es gibt auch dem Tode eine milde Seite.“

„Nun, das ist ja gerade, was ich meine,“ entgegnete der Sängler des großen Mats. „Wozu soll man das auch noch in schönen Verslein besingen, was selber nur zu gewiß nicht ausbleibt? Man soll den Teufel nicht an die Wand malen, sonst

kommt er, sagt ein Sprichwort. Uebrigens hat es damit keine Not, wie jetzt die Sachen stehen.“

„Wie? Ist der Krieg nicht entschieden?“ fragte Georg neugierig. „Hat der Württemberg Bedingungen angenommen?“

„Dem macht man gar keine mehr,“ antwortete Dietrich mit wegworfener Miene. „Er ist die längste Zeit Herzog gewesen, jetzt kommt das Regiment auch einmal an uns. Ich will Euch etwas sagen,“ sagte er wichtig und geheimnistoll hinzu, „aber bis jetzt bleibt es noch unter uns. Die Hand darauf. Ihr meint, der Herzog habe 14 000 Schweizer. Sie sind wie weggeblasen. Der Bote, den wir nach Zürich und Bern geschickt haben, ist zurück. Das von Schweizern bei Blaubauern und auf der Alb liegt, — muß nach Haus.“

„Nach Haus zurück?“ rief Georg erstaunt. „Haben die Schweizer selbst Krieg?“

„Nein,“ war die Antwort, „sie haben tiefen Frieden, aber kein Geld. Glaubt mir, ehe acht Tage ins Land kommen, sind schon Boten da, die das ganze Heer nach Haus zurückrufen.“

„Und werden sie gehen?“ unterbrach ihn der Jüngling. „Sie sind auf ihre eigene Faust dem Herzog zu Gasse gezogen, wer kann ihnen gebieten, seine Fahnen zu verlassen?“

„Das weiß man schon zu machen. Glaubt Ihr denn, wenn an die Schweizer der Ruf kommt, bei Verlust ihrer Güter und bei Leib- und Lebensstrafe nach Haus zu eilen?“ sie werden bleiben? Uebrig hat zu wenig Geld, um sie zu halten, denn auf Versprechungen dienen sie nicht.“

„Aber ist dies auch ehrlich gehandelt?“ bemerkte Georg. „Reicht das nicht, dem Feinde, der in ebehrlicher Fehde mit uns lebt, die Waffen zu nehmen und ihn dann überfallen?“

In der Politik, wie wir es nennen, gab der Räteschreiber zur Antwort und schien sich dem unerfahrenen Kriegsmann gegenüber kein geringes Ansehen geben zu wollen, in der Politik wird die Ehrlichkeit höchstens zum Schein angewandt. Es werden die Schweizer zum Beispiel dem Herzog erklären, daß sie sich ein Gemüßchen daraus machen, ihre Leute gegen die freien Städte dienen zu lassen. Aber die Wahrheit ist, daß wir dem großen Varen mehr Goldgülden in die Tasche brüden als der Herzog.“

*) Die Eidgenossen verbieten zuerst nur die Werbungen des Herzogs in ihren Landen, wie aus Sattler, Beilage Nr. 8 zum zweiten Teil der Herzogin erbellt. Nachher riefen sie ihre Leute ganz zurück, und zwar auf die Vorstellungen des Schwäbischen Bundes.

„Nun, und wenn die Schweizer auch abziehen,“ sagte Georg, „so hat doch Württemberg noch Leute genug, um keinen Hund über die Alb zu lassen.“

„Auch dafür wird gesorgt,“ fuhr der Sängler in seiner Erläuterung fort, „wir schicken einen Botsen an die Stände von Württemberg und ermahnen sie, das unglückliche Regiment ihres Herzogs zu bedenken, demselben keinen Bestand zu tun, sondern dem Bunde zuzuziehen.“

„Wie,“ rief Georg mit Entsetzen, „das hieße ja den Herzog um sein Land betrügen. Wollt Ihr ihn denn zwingen, der Regierung zu entsagen und sein schönes Württemberg mit dem Hüden anzugehen?“

„Und Ihr habt bisher geglaubt, man wolle nichts weiter, als etwa Neulingen wieder zur Reichsstadt machen? Wozon soll denn Gütten keine 42 Gesellen und ihre Diener besolden? Wozon denn Söldner seine tausend Reiter und zwölftausend zu Fuß, wenn er nicht ein hübsches Stückchen Land damit erkaufte? Und meint Ihr, der Herzog von Württemberg wolle nicht auch sein Teil? Und wir? Unsere Wartung grenzt zunächst an Württemberg.“

„Aber die Fürsten Deutschlands,“ unterbrach ihn Georg ungeduldig, „meint Ihr, sie werden es ruhig mit ansehen, daß Ihr ein schönes Land in kleine Fehden reiße? Der Kaiser, wird er es dulden, daß Ihr einen Herzog aus dem Lande jagt?“

Auch dafür dachte Herr Dietrich Rat. „Es ist kein Zweifel, daß Karl seinem Großvater als Kaiser folgt. Ihm selbst bieten wir das Land zur Obervermundschaft an, und wenn Oesterreich seinen Mantel darauf bedarf, wer kann dagegen sein? Doch selbst nicht so düster aus. Wenn Euch nach Krieg gelüftet, dazu kann Rat werden. Der Adel hält noch zum Herzog, und an seinen Schöpfen wird sich noch mancher die Zähne einbrechen. Wir beschwären übrigens das Mittagmahl. Kommt bald nach, daß wir erfahren, was Frau Sabina uns gefoch hat.“ Damit verließ der Sängler des großen Mats von ihm so hohen Schrittes als wäre er selbst schon Obervermund von Württemberg, das Zimmer des Gastes.

*) Ein gebildetes Schreiben „des Bundes zu Schwaben an geantene Randschaft zu Württemberg“ dieses Inhaltes vom 24. März. 1519 findet sich in der Beilage Nr. 12 bei Sattler.

Ann. Hauffs.

(Fortsetzung folgt.)

Verirrungen

II.

Weil nun in Deutschland die Auseinandersetzung des Sozialismus mit der Kapitalmacht nicht von einem Tage zum andern, nicht innerhalb kurzer Zeit ihre Erledigung findet, verzweifeln viele Anhänger der sozialdemokratischen Idee. Welche Anhänger? Solche vor allem, die nicht in praktischer Organisationsarbeit groß wurden, dann solche, deren sozialistische Erkenntnis erst jüngsten Datums ist und die noch sehr stark in sozialbürgerlicher Denkungsart stehen, oder von sozialistischer Organisation erst das Firmenschild kennen lernten. Von diesen werden die Kampfmittel der Demokratie als verbraucht bezeichnet, ohne daran zu denken, wie wenig diese Kampfmittel in Deutschland noch ausgeprobt sind. Man beteiligt sich an politischen Wahlen und bestreitet hinterher, daß man in Konsequenz hier von das bei den Wahlen erreichte Maß von Macht im Interesse des Proletariats auszunutzen hat. Der parteigenössische Rechtsanwalt arbeitet wie sein Kollege im bürgerlichen Lager oft täglich in Ausübung seines Berufes für die Stärkung kapitalistischer Unternehmen. Als selbstverständlich wird das allgemeine angesehen. Die Staatsverwaltung war bis zur Umwälzung in Deutschland blinde Handlangerin für die Kapitalmacht, nun sie anders orientiert sein muß und durch den Druck von unten für die Interessen der Beschloßen in höherer Maße tätig zu sein hat, soll es Fehler und Sünde sein, wenn die Sozialdemokratie in solchen Regierungen Vertreter hat, denen kraft der Wahlentscheidungen auch Mitglieder der bürgerlichen demokratischen Parteien angehören.

Gewiß, der Minister ist der oberste Träger des Volkswillens. Der Mehrheitswillen ist Leitfaden für ihn. Solange aber das Volk in verschiedenen Parteien stehend sich zur Lösung bestimmt ausgesprochener, vielleicht auch nur zeitlich umgrenzter Aufgaben zusammen findet, fährt jener Teil derselben, in unserem Falle der sozialistische, am schlechtesten, der sich von der Führung der Verwaltungsgeschäfte freiwillig ausschließt. Von der Übernahme der Pflichten, welche der Staat seinen Bürgern auferlegt, von der Steuerpflicht insbesondere, können sich auch Sozialdemokraten nicht befreien; es heißt somit die Geschäfte kapitalistischer Kreise besorgen, wenn die Maschinerie der Staatsverwaltung ausschließlich dem Bürgertum zur unbeschränkten Verfügung überlassen würde.

Jawohl, laßt dieses allein führerwert, sagte dem Sinne nach ein Redner im sozialdemokratischen Verein zu Karlsruhe! Diese Tätigkeit wird dann bald den Arbeitern die Augen geöffnet haben und zeigen, daß es dem Bürgertum mit den Grundfragen der Demokratie so wenig ernst ist, wie mit der praktischen Ausführung von Sozialisierungsproblemen. Also Rückkehr zur Regierungspolitik soll die neue Parole sein, einer Politik, mit welcher die Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit auch nicht mehr zu befriedigen vermochte. Wer weiß, ob nicht der Krieg sich hätte vermeiden lassen, wenn früher schon die Sozialdemokratie stärkeren Einfluß in die praktisch gelebte Politik gehabt hätte? Vielleicht würde der Krieg selbst früher und billiger zu Ende geführt worden sein, wenn während des Krieges die Sozialdemokratie immer gewußt hätte, an welchen Strängen die Staatsbürokratie zieht. Wenn heute nur noch all den in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen die Sozialdemokratie ihr durch Revolution und mittels politischer Wahlen zugefallenen Einfluß freiwillig in alle Winde schlagen sollte, lediglich deshalb, weil sich momentan das Endziel noch nicht erreichen läßt, dann wäre das nichts anderes als eine Rückkehr in die alten Fehler.

Sich zurückziehen von aller Arbeit und Verantwortung im politischen Leben bis ein abermaliger Zusammenbruch kommt, wie man sagt, Zusammenbruch der bürgerlich-orientierten Demokratie, das ist es letzten Endes, was von den Ungebildeten unter uns gefordert wird. Nach dem Zusammenbruch, so hofft man, wird die Diktatur des Proletariats Erlöserin sein, Befreierin aus Not und die Geburthsheiferin für das sozialistische Zeitalter. Daß sich aber hieraus nur die große historische Verirrung des Sozialismus entwickeln müßte, so wie in Rußland auch für Deutschland, das steht außer allem Zweifel für alle jene, die sich noch Sinn für das zeitlich Notwendige und für die Gefahren der Entwicklung bewahrt haben.

müssen im Gegenteil manches entbehren, was diese als Lebensnotwendigkeit betrachten und gewiß nicht missen möchten.

Aus der Partei

Der Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei Badens zum Steuerabzug

Der Bezirksvorstand Mannheim hat in seiner Sitzung vom 30. August beschloffen, beim Reichsvorstand und der Reichstagsfraktion zu beantragen, daß sie die beschleunigte Einberufung des Reichstags verlangen, um den Steuerabzug und damit das Einkommensteuergesetz in einer der Zeit gerecht werdenden Weise zu ändern. Vorgeklagt wurde, daß angestrebt werden soll eine Ermäßigung des zehnprozentigen Steuerabzuges bei den unteren Einkommensstufen und eine stärkere Belastung der großen Einkommen, ferner daß zu den Einkommen der Nichtlohn- und Gehaltsempfänger, welches nach der Höhe des Jahres 1919 ermittelt und veranlagt wird, ein entsprechender Zuschlag erfolgt und weiterhin, daß die Besitzten, Vermögensabgabe und Reichsnotensteuer in beschleunigter Weise veranlagt und eingetrieben werden.

In der Hand, wenn sein Wachstum noch zu beeinflussen ist. Seid ihm ein guter Gärtner!

Vom Verbrechen gegen das heimende Leben

In Ergänzung des Artikels von Gen. Prof. Dr. Kad...

Die Strafrechtsbestimmungen über das Verbrechen gegen das heimende Leben stehen im Gegensatz zu der verfassungsmäßig eingeräumten Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Natur häuft alle Lasten der Fortpflanzung einseitig auf die Schultern der Frau. Es ist daher auch nur recht und billig, daß der Frau das Recht gegeben wird, zu entscheiden, ob sie Mutter werden will oder nicht. Selbst im Mittelalter räumte die Strafrechtspflege der Frau das Recht ein, über ihre Mutterschaft selbst zu bestimmen. Es handelt sich jetzt also nicht um eine Bestimmung neuen, sondern um die Wiederherstellung eines alten Rechts. Notwendig ist hierbei, daß das Entscheidungsrecht der Frau über ihre Mutterschaft ebenso einseitig zu einem Frauerecht gestaltet wird, wie die Natur einseitig der Frau die Last der Fortpflanzung zu tragen überlassen hat. Wie das ethische Ideal der Gleichberechtigung von Mann und Frau für die Umformierung der Paragraphen 218, 219, 220 sprechen, so zwingen uns schwerwiegende, soziale Gründe dazu. Es ist ein Verbrechen, Kinder in die Welt zu setzen, für welche keine gesunde Lebensmöglichkeit besteht. Die Zahl der Mütter ist bei uns erheblich zurückgegangen. Katastrophal ist die Abnahme der Reproduktion infolge der verfallenen Fortpflanzungsbestimmungen. In den meisten größeren Städten erhalten Kinder vom 6. Lebensjahre an keine Nahrung. Wenn das Aufwärtstreiben der Geburtenziffer anhält, so muß die Kindersterblichkeit eine erhöhte werden. Ebenso wird auch eine weitere Zunahme der Erkrankungen an Tuberkulose zu verzeichnen sein; nicht nur durch den Mangel an Milch, sondern auch der Kohlenmangel und unsere jetzige, noch nicht zu verbessernde Wohnungsalamität, werden ihr Teil zu der erhöhten Sterblichkeitsziffer beitragen. Es ist also angebracht, dieser Zustände eine Grausamkeit, die Mutterschaft einem Verbrechen gegen ihren Willen aufzubürden, oder aber dem Zufall zu überlassen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat im Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Ehrsücht vor dem neuerstehenden Leben aufs tiefste erschüttern muß.

Als vornehmstes Glied der revolutionären Kampforganisation der Arbeiterklasse bedarf der Deutsche Metallarbeiterverband aller seiner Kräfte, wenn er seine historische Aufgabe erfüllen soll, die ihm gestellt ist. Es ist unmöglich, die Betriebsräte von den Gewerkschaften loszulösen und sie in einer Sonderorganisation zusammenzufassen. Nach Karl Marx sind die Gewerkschaften die Brennpunkte des Klassenkampfes. Ausgehend hiervon haben wir uns bemüht, die Gewerkschaften auf den Boden des reinen Klassenkampfes zurückzuführen, und streben danach, die Macht der Gewerkschaften zu erweitern und zu vertiefen. Wir müssen es deshalb ablehnen, die Gewerkschaften durch Gründung von Nebenorganisationen zu Kampfgliedern zweiter Klasse zu degradieren. Die Idee der Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum lehnen wir entschieden ab. In diesem Sinne soll von uns in der Frage des Ratesystems gearbeitet werden.

Diese Sätze zeigen eine deutliche Ablehnung von den Anschauungen, die Richard Müller über das Ratesystem vertritt und die in der Betriebsrätezentrale ihren Nachklang gefunden haben.

Soziale Rundschau

Stadt und Land

Ein Arbeiter und Parteigenosse aus Forchheim schreibt uns: Es wurde in unserer lebensmittellernen Zeit schon viel gesprochen und noch mehr geschrieben, um die Spannung zwischen Stadt und Land zu beiseitigen. Man sah in einseitigen Kreisen in Stadt und Land ein, daß es eigentlich keine Gegensätze gibt oder wenigstens keine geben soll. Stadt und Land sind beide aufeinander angewiesen und sollen sich gegenseitig ergänzen. Gerade heute, in der Zeit der schwersten wirtschaftlichen Krisis, die wir durchmachen müssen, sollte das der Fall sein und sollte dieses Beistehen von allen Seiten gefördert werden. Wie steht es aber mit der Förderung dieser Bestrebungen aus! Auf der einen Seite wird die Landbevölkerung von den Banken-Organisationen dazu angehalten, sich den Verbindungen der Regierung zu widersetzen, und Schieber und Sammler sorgen dafür, daß die Bauern nicht zu den festgesetzten Höchstpreisen verkaufen wollen. Auf der anderen Seite sind Bestrebungen im Gange, sämtliche auf dem Lande wohnenden Industriearbeiter, die sogenannten Selbstversorger sind, von ihren Arbeitsstellen, die sie in der Stadt innehaben, zu entfernen. Abgesehen davon, daß durch diese Maßnahmen die Zahl der Arbeitslosen in den in der Nähe der Stadt liegenden Landgemeinden, die heute schon recht groß ist, in ungeheurer Maße wachsen würde, würde damit der angelegte Zweck der Maßnahmen doch nur zum Teil erreicht. Es wird gesagt, die Städte können das Geld für die Arbeitslosenunterstützung nicht aufbringen. Das mag Wahrheit sein; aber glaubt man dann, die in Betracht kommenden Landgemeinden, die finanziell ebenso schlecht wie nicht noch schlechter als die Städte gestellt sind, können dann die Lasten der Arbeitslosenunterstützung tragen. Das ist für die Landgemeinden ebenso unmöglich wie für die Stadt und letzten Endes muß eben der Staat bezug. Das Reich die Kosten für die Arbeitslosenunterstützung allein tragen, wenn man nicht haben will, daß die Kommunen unter dieser Last zusammenbrechen. Man will, heißt es weiter, mit dieser Maßnahme Arbeiterunruhen, die durch vermehrte Arbeitslosigkeit der städtischen Arbeiter entstehen könnten, vermeiden. Glaubt man denn an maßgebender Stelle, mit dem Hinzuwachen der ländlichen Arbeiter ist diese Gefahr mit einem Schlag beseitigt? Wenn das angenommen wird, gibt man sich einer ganz gefährlichen Selbsttäuschung hin. Auch die hinausgeworbenen Arbeiter werden mit ihrer meist beneidenswerten Lage kaum zufrieden sein. Es können da leicht Zustände herbeigeführt werden, die für Ruhe und Sicherheit keine Wirkung sind.

Wenn bei den Entlassungen nur wirkliche Selbstversorger in Betracht kommen würden, wäre das nur recht und billig. Wo liegt aber nach Ansicht des Demobilisationsamtes der Selbstversorger an? Das zu erfahren, wäre zur Beurteilung der ganzen Sache von großer Wichtigkeit. Es muß dem Demobilisationsamt einmal klar und deutlich gesagt werden, daß der Mensch bezug. eine Familie zum Leben noch etwas mehr braucht, als bloß Kartoffeln und Brot; um diese Bedürfnisse beschaffen zu können, braucht auch der ländliche Arbeiter Geld und wieder Geld; denn Wohnung, Beleuchtung, Heizung, Kleidung usw. sind trotz des „guten“ Preisabfalls noch sehr teuer. Da das Demobilisationsamt jenen „Bauern“, die „rausmüssen“, dieses Geld nicht zuweisen kann, möge es dieses bei seinen Entscheidungen berücksichtigen. Es geht nicht an, daß man einen Mann, der vor dem Kriege von seinen jenen verdienten Groschen, die er in jahrelanger Fremdarbeit erworben, sich 1000 M erspart und dafür 40 bis 50 M Acker kaufte, von dem er sich und seine Familie gewiß nicht ernähren kann, zur Strafe dafür, daß er das getan hat, jetzt als sogenannter Selbstversorger auf die Straße setzt.

Man muß auch fragen, ob der angegebene Zweck der geplanten Maßnahme auch der wirkliche Grund zu deren Durchführung ist.

für unsere Frauen

Vom Fürchtigmachen der Kinder.

Von Frieda Rudolph-Staubitz

Ich blättere in meinem Schiller und finde in den Gesprächen mit Christiane von Wurm einen Ausspruch, den ich allen Müttern des Volkes zurufen möchte: „Man könnte den Menschen zum halben Gott bilden, wenn man ihm durch Erziehung alle Furcht zu benehmen suchte. Nichts in der Welt kann den Menschen sonst unglücklich machen, als bloß und allein die Furcht.“ Die Furcht sollte uns also durch Erziehung genommen werden. Was tun wir aber? Wir häufen diese Furcht ins Unermessliche und zu der angeborenen kommt noch eine rechte Last anergogene. Selbst vor dem garten Alter unserer einjährigen Kleinen schreien wir nicht zurück. Da wird an die Tür gepölkert, oder mit dem großen Hund gedroht, der da kommt und heißt. Auch der Puppenmann mit dem Sad oder der schwarze Mann ist ein beständiges Schreckmittel, wenn nicht gar der grobe Unfug geschieht, bestreift als Schreckgestalt zu erscheinen. Wenn wir wüßten, welche schreckliche Verwirrung wir in all den Kinderköpfchen anrichten, die bis zu ihrem vierten, fünften Jahr doch noch so viel Vertrauen zu uns haben, alles, was wir ihnen sagen, zu glauben, wenn wir das wüßten, es erlöste uns jedes Fürchtigmachen in der Hehle. Aber es ist doch so bequem, wenn der kleine Schreier mit einem Male still wird, wenn der schwarze Mann kommt. Die Angst heißt ihn still sein, aber die Ursache des Schreiens ist nicht behoben. Und wehe der Mutter, wenn das Kind größer wird und dahinter kommt, daß der Hund gar nicht heißt und der schwarze Mann nicht existiert. Dann aber ist das Vertrauen zur Mutter untergraben, die Achtung fort; denn die Mutter läßt ja, denn braucht man ja auch nicht so folgen, dann wachsen die Ungehörigkeiten wie Unkraut, lippig und wild, und wir stehen verzweifelt, wenn sie so ungehorsam sind.

Das müßte aber heißen: so falsch gezeugen. Und nicht den Kindern, uns selber machen wir die Schuld beimessen. Wie kann aus einem solch garten kleinen Menschen, das so hilflos zur Welt kommt, das so ganz auf unsere Liebe und Fürsorge angewiesen ist, ein solch unartiges Wesen werden? Die Schuld am Kinde, oder an uns? Gewiß, es gibt ererbte Fehler, für die ist aber das Kind auch nicht verantwortlich zu machen. Das eine neigt zum Eigensinn, das andere zur Lüge,

zur Verstocktheit, zur Untertätigkeit, es ließe sich eine große Menge von Heiten und Taten aufzählen. Aber da soll unser Scharfsinn einsehen, da sollen wir als Mutter vorbeugen können, so sollen wir es verstehen, die schlechten Triebe der garten Menschensprache abzuwehren, daß sie nach und nach verdorren. Nicht einem eigenwilligen Kind geberichlich gegenüberzutreten, das reizt ja gerade seinen Trotz. Da heißt es ruhig und gleichgültig bleiben, wenn es noch so schwer fällt, da heißt es, freundlich zu reden: komm, hilf mir das, willst du mir das holen. Oder wenn es liegt und schläft. Wenn immer wieder der Jucker fehlt und ein ungeschuldbolter aufstehendes Kinderschnarchen fest behauptet, nicht der Missetäter zu sein. Wenn wir sprachlos sind über die Kühnheit der Gleichheitsbetenung. Sollen wir da nicht dreinschlagen? Nein, niemals. Denn mit jedem Schlag wächst sich ein gärtnerischer Trieb zur starken Pflanze und umschlingt sein armes Opfer nur noch fester. Auch hier giltig bleiben und bestimmt sagen: Ich weiß, daß du es warst. Sieh mal, nur du hast gewußt, wo er steht. Du hast gesehen, wie ich ihn dahin gestellt. Nun fällen wir die Wägen wieder. Du darfst sie selber fällen und hintragen, und dann schauen wir beide jeden Tag nach, ob nichts fehlt. Und wenn du es fertig bringst, nichts mehr herauszunehmen, bist du ein Held. — In unserer Liebe und Güte, an unserem Versehen wird alle Verstocktheit, alle Lüge, aller Trotz scheitern; sie allein vermögen über solche Unarten Herr zu werden.

Was aber geben wir unsern kleinen Sündern? Wir jagen ihnen Furcht ein. Oder wenn die Geduld reißt — und das dauert nicht lange — dann bricht unser Zorn los. Dann schimpfen und schreien, dann schlagen wir drauf zu, denn hehren die Widerpäntigen unmöglich ein und wünschen alle Schrednisse herab, sind böse mit ihnen — bis wir uns ausgelobt haben und meinen, nun ist alles wieder gut. Wir machen es so, weil wir es nicht anders wissen, weil uns Müttern keine Stelle der Belehrung ward, weil wir unsere Ehe gründeten, ohne zu wissen, welche schwere Pflichten uns auferlegt sind. Weil wir glaubten, wenn unsere Kinder essen und trinken und saubere Kleidung hätten, wäre es getan.

Was brauchte die Mutter des Volkes auch mehr zu wissen? Brauchte der Staat auch ein Volk, das seiner Laier und Fehler ledig da stände, sich nicht fürchtet, ein freies Volk auf freiem Grunde? Unser neuer Staat aber bracht es. Frei von Furcht und frei von Doh. Ein Volk, das sich selbst vertraut und auf festen Füßen durchs Leben schreitet. Und dieses Volk zu schaffen, ist unser Wert, ihr Mütter. Ihr habt das Pfändlein

Jugendversammlung. Am 5. September ds. Jrs. fand im Hotel zum „Elefanten“ eine vom Zentralverband der Jugend und Wirtinnen Deutschlands (Ortsgruppe Karlsruhe) einberufene öffentliche Versammlung aller nicht kriegsbeschädigten Jugendlichen statt. Nach einleitenden Worten des provisorischen Vorsitzenden, welcher zugleich Bericht über die letzte Mitgliederversammlung mitteilte, ergriff der Referent Leidensgenosse Boos über das Thema: „Wie kann den Jugendlichen geholfen werden?“ das Wort. Er führte u. a. aus, daß die alte Regierung schon wenig Entgegenkommen für die Armen unter den Armen gehabt hätte, deshalb auch die gerechte Strafe erhalten habe. Auch die heutige Regierung geht bis zur jetzigen Stunde teilnahmslos an unserm großen Elend vorüber. Wir glauben das nicht verdient zu haben, indem wir doch im Dienste des Vaterlands fürs Vaterland in Arbeit standen und auf dem Felde der Arbeit unsere wertvollen Glieder eingebüßt haben. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, sich zeitlos zu organisieren und dem Zentralverband beizutreten. Des weitern ergriff Kollege Sailer das Wort, welcher in kurzen Ausführungen über die Reichskonferenz sowie über Zweck und Ziele des Zentralverbandes berichtete.

In der Diskussion sprach zunächst Kollege Dahn, welcher scharf gegen die Unfallberufsgenossenschaften vorging und erwähnte, daß bis zur heutigen Stunde unsern armen Leidensgenossen trotz der Teuerung die Rentenbezüge immer noch gezahlt werden. Die Kollegen Gerber, Früh und Korbmaier unterzogen ebenfalls die jetzigen traurigen Zustände einer scharfen Kritik, gaben jedoch ihrer Freude Ausdruck, daß endlich einmal eine Organisation geschaffen sei, welche die Interessen der Armen und Glenden vertrete.

In den Vorstand wurden die Kollegen Sailer 1., Korbmaier 2., Vorsitzender, Hermann 1. Schriftführer, Weinlein Kassier; als Beisitzer die Kollegen Boos, Dahn und Gerber gewählt. Anfragen sowie Anmelbungen sind an den ersten Vorsitzenden Kollege Sailer, Grenzstraße 34, 4. St., zu richten.

Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund fühlt sich in seiner deutschen Germanenart geliebt, weil wir in der Nr. 109 unseres Blattes ihn auf einem seiner Schleichwege ertrappt und einiges aus seiner fogen. deutschvölkischen Dunkelarbeit ans Licht der Öffentlichkeit gezogen hatten. Er fordert uns nun zur Aufnahme einer Erklärung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes auf. Wir kommen dem Wunsche jedoch nicht wegen des wieder einmal geübten § 11 nach, sondern lediglich aus unserer auch solchen völkischen und vaterlandsschädlichen Gesellen gegenüber vorhandenen Höflichkeit. Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund verlangt also, daß jene in Frage kommende Liste, die am Mangierbahnhof in Umlauf war, vorgelegt werde; gefasche dies nicht, so weise der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund die Behauptung, als sei den Listen auch Geheimmaterial gegen die Juden beigegeben als Verleumdung zurück. Dann wendet sich die Aufschrift gegen die Behauptung, der Schutz- und Trutzbund sei ein Vorparn der Deutschnationalen Volkspartei. Er stellt demgegenüber fest, daß der Bund „jahrgemäß“ aus „deutschvölkischen“ Mitgliedern aller Parteien besteht und jede Parteipolitik ausschließt. — Das mag sein, in Satzungen steht gewöhnlich Vieles — weil der Bund die Mittel heiligt. Auf jeden Fall aber glauben wir festhalten zu können, daß von andern Parteien, außer der deutschnationalen, und vielleicht der Deutschen Volkspartei wohl kaum Angehörige als Mitglieder dieses Geheimnisses anzutreffen sein werden. Das politische Meinungsgefäß verbietet ihnen dies. — Im übrigen wurden vor einigen Tagen auch in Karlsruhe der Telegrammenamt zwei Listen in Umlauf gesetzt, auf der einen werden Maßnahmen gegen die Schieber und Wucherer verlangt, dies ist natürlich nur die Leimrute, auf der andern — Maßnahmen gegen die Einwanderung der Ostjuden. Bei

der Gedankenlosigkeit, politischen Unwissenheit und auch immer noch vorhandenen Anechtlichkeit, die leider noch bei einem großen Teil der deutschen Beamtenchaft anzutreffen ist, hatte natürlich der größte Teil der Beamten des Telegrammenamts, nachdem einmal einer seinen Namen hingefügt hatte, die Listen unterzeichnet.

Kleine Nachrichten

Frankfurt a. M., 7. Sept. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Mainz: Der Inhaber der Mainzer Stereotyp-Anstalt, Berger, Herausgeber einer Blattenkorrespondenz für kleinere Zeitungen, wurde vom französischen Militärgericht Mainz wegen angeblicher Beleidigung der farbigen französischen Soldaten zu drei Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er wurde sofort in Haft genommen.

Berlin, 7. Sept. Wie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mitteilt, ist der Kaffe-Einfuhrzoll in Hamburg nunmehr beschränkt worden, bis auf weiteres die Einfuhr von Kaffee in beschränktem Umfang wieder zugelassen. Die Höchstmenge der Einfuhrermäßigung ist auf 500 Tsd. arbeitsfähig festgesetzt.

Berlin, 7. Sept. Ein Holzsammler fand im Grünwald zwei Kartons in denen sich in Papier gewickelt, ein verkommener menschlicher Kopf und andere Beikenteile, sowie eine Krümmerröhre befanden. Nach dem Ergebnis der Untersuchung dürfte die ermordete Person ein etwa 17-jähriges Mädchen gewesen sein.

Braunschweig. Der Landtag hat in namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 28 Stimmen die Auflösung der Landesimmothek beschlossen.

Nasel, 7. Sept. Die „Naseler Nachrichten“ melden, daß das deutsche Reichsministerium die schweizerische Oberpostdirektion eingeladen habe, sofort Verhandlungen zwischen den beiden Ländern zu eröffnen zwecks Aufnahme eines Luftpostverkehrs Nasel-Frankfurt a. M.

Wien, 7. Sept. Ein von Italien kommendes Flugzeug, das mit einem italienischen Piloten und einem finnländischen Offizier auf dem Fluge nach Finnland begriffen war, ist heute Vormittag unweit des Ufers aus ziemlich großer Höhe in den See gestürzt. Beide Piloten ertranken.

Wien, 7. Sept. Ein Militärflugzeug ging gestern nachmittags in Montrose auf dem Hofe eines Rinderheimes ab, in dem gerade eine Anzahl Kinder spazieren gingen und tötete hier Kinder, ein weiteres wurde schwer verletzt.

Wien, 7. Sept. Wie aus Regio gemeldet wird, wurde General Obregon zum Präsidenten der Republik gewählt.

Amsterd., Nach einer Meldung aus Springfield (Illinois) wurden 20 Männer verhaftet, die ein Attentat auf den Vizepräsidenten geplant hatten. Für der Verhafteten haben ein Geständnis abgelegt, aus dem hervorgeht, daß der Zug zersplittert die Passagiere ermordet und die Wagen ausgeraubt werden sollten.

Valuta-Bericht vom 7. September

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 11.85 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 16.25 fl. per 100. Gulden; Schweiz etwa 8.46 fr. per 100. fr.; England etwa 153 s. per 100. Sterling; Frankreich etwa 3.50 fr. per 100. fr.; Neuyork etwa 51.50 s. per Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schutterlopp 190, gef. 10; Reich 304, gef. 5; Mogau 503, gef. 2; Mannheim 452, gef. 02 Zentimeter.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 8. September 1920

Das östliche Tiefdruckgebiet ist rasch ostwärts abgezogen, während hoher Druck sich von Westen vorzieht. Die Niederschläge haben daher nachgelassen und ist überall heiteres und trockenes Wetter eingetreten, das nun einige Tage anhält. Voraussichtliche Wetterung bis Donnerstag, 9. September: Vorwiegend heiter, frühweiser Morgennebel, nach kalter Nacht am Tage wärmer.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Grünwetterbach, für Sie kommt als Organisation der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Betracht. Wenden Sie sich an das Büro in Karlsruhe, Akademiestr. 84.

H. Sch., Guggenau. 1. Ueber das Alter der Stubenfliege entnehmen wir einem naturkundlichen Werk den Satz: Nur wenige überdauern, die Art erhaltend, den Winter. — 2. Grief, 3. enge.

Schriftleitung: Georg Schyllin. Verantwortlich für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Arb.-Ratf.-Bund Solidarität.) Morgen Donnerstag Abfahrt zur Abendausfahrt nach Nittelheim um 7 Uhr „Gambriusstraße“.

Nittelheim. (Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.) Die Bezirksvereine treffen sich am Donnerstag abend Punkt 8 Uhr im Vereinslokal zur Kampionfahrt. Es wird höflichst ersucht, sich recht zahlreich an der Sandbärenjagd zu beteiligen. Abfahrt der Ortsgruppen von ihrem Ort Punkt 1/2 8 Uhr. J. A. Faber, Bruchsal. (Naturfreunde.) Donnerstag abend 8 Uhr in der „Palz“ Bericht von Salzburg. Gäste willkommen. 5282

Offenburg. (Freie Turnerschaft.) Samstag, den 11. Sept., abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Prinzen“ Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen aller Turnigen, erforderlich. 5254 Der Turnrat.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Wilhelm Nagel von Baden, Ingenieur in Mannheim, mit Elisabeth Dörflinger von hier, Karl Hill von Überbach, Schreinermeister hier, mit Luise Steimle von Erzingen, Karl Wadjo von hier, Lehrer in Schutterbad, mit Klara Berg von hier, Hermann Lorenz von Stendal, Kaufm. hier, mit Frieda Vlesing von hier, Ludwig Gramlich von Schierstadt, Holzgewerksmeister hier, mit Melanie Köpfer Witwe von hier, Heinrich Wode von Oberrotterbach, Zimmermann hier, mit Lisette Augustin von Obdröben, Adolf Schmidt von Vodebrüden, Kleiner hier, mit Clara Heßfader von Ströpsburg, Otto Koch von Oppenau, Mechaniker hier, mit Elsa Weiser von Ettlingen, Hermann Frenn von hier, Steuerinspektor hier, mit Katharina Valles von Mannheim, Birmin Hüter von hier, Mechaniker hier, mit Pauline Nishm von Frauengimmern, Wils. Oppenbeuser von Puchum, Kaufm. hier, mit Karoline Klump von Brunnenfeld.

Todesfälle. Adolf Schwoleber, led., Güterarbeiter, alt 22 J. Frieda, alt 4 Jahre, Vater: Fridolin Wolf, Maurer, alt 44 Jahre, Stumpfchem., Weidenwarter, alt 46 Jahre. Hermann, alt 4 Monate 4 Tage, Vater: Seb. Weder, Schlosser, Rathilde Dittes, alt 31 J., Ehefrau von Wils. Dittes, Monteur, Paul Kaufmann, Chemiker, Kaufm., alt 65 Jahre, Regina Müller, alt 26 Jahre, Ehefrau von Adolf Müller, Fabrikarb. Oskar, alt 11 Jahre, Vater: Otto Kumpelhardt, Oberrevier.

Schuhkrem Pilo-Extra

mit Terpentindl hergestellt, ist in der altbewährten, friedensmässigen Qualität wieder überall erhältlich.

Alleiniger Hersteller: **Adolf Krebs Pilsfabrik Mannheim.**

Für jede Hausfrau

Haben Sie zerrißene Strümpfe und Socken oder wünschen Sie Neuauferfertigung, dann kommen Sie in die **Maschinenstrickerei Engelhard, Gartenstraße 11, III.** Ebenfalls werden auch aus 6 paar zerrißene Strümpfe, 4 paar ganze angefertigt. 4961

Durlacher Anzeigen.

Kohlen-Ausgabe. Die bei A. Sauber Ww. eingetragenen Kunden Nr. 121 bis 220 können am Donnerstag den 9. September 3 Jtr. Braunkohlenbriketts „Union“ zum Preise von 14.90 M per Jtr., ab Lager Pfingststr. erhalten.

Bruchsaler Anzeigen.

Städt. Lebensmittelverkauf. Butter für Kranke, werdende u. kranke Mütter, am Donnerstag, den 9. ds. Mts., bei Kämer, Ecke Stadigraben- und Erbinalstraße, gegen die Karte 2, 1/2 Pfund zu 4.— M.

Die bei der Kohlenhandlung Emil Kohn eingetragenen Kunden Nr. 1 bis und mit Nr. 281 erhalten gegen Abgabe der Monatsmarken September 1920

auf Abschnitt 1 Zimmerbrand und auf Abschnitt 1 Küchenbrand zusammen 2 Jtr. Brennmaterial (Briketts). Das Brennmaterial muß bis zum 12. ds. Mts. abgeholt werden. Angesichts der schwierigen Lage der Kohlenversorgung wird sofortige Abnahme der aufgerufenen Menge empfohlen, da eine nachträgliche Lieferung nicht erfolgen kann.

Kastatter Anzeigen.

Gemäß Beschluß der unterzeichneten Stelle und im Einverständnis der hiesigen Kohlenhändler wird denjenigen Personen bzw. Haushaltungen, die sich im Besitze einer Ausweiserte für minderbemittelte befinden, für ihre Kohlenbezüge 5% Rabatt auf die bezüglichen Kohlenpreise „ab Lager“ gewährt. Die betreffenden Ausweiserte sind ab Donnerstag, den 9. ds. Mts., auf dem Rathaus (Zimmer Nr. 15) erhältlich.

Baden-Baden.

1. Arbeitsamt — Erwerbslosenfürsorge. Einstellung von Arbeitern und Angestellten. Ein Interesse der ortsanfässigen Arbeitslosen rufen wir an alle hiesigen Arbeitgeber ein. Nehmen Sie die Bitte, bei Bedarf von Arbeitsstätten jeglicher Art sich stets unserer Vermittlung zu bedienen. Insbesondere ersuchen wir von uns Veranzugung arbeitsloser Arbeiter und Angestellten solange abzugeben, als nicht durch unsere Vermittlung der Versuch gemacht worden ist, den Bedarf hier zu decken. Dies gilt auch für Gelegenheitsarbeiten, wie Holzzerkleinern, Besorgen von Umzügen, Gartenarbeiten

und dergl. Auch durch Zuweisung berarigter Arbeit kann einem schon längere Zeit erwerbslosen Arbeiter wertvolle Hilfe zuteil werden. Die Vermittlung durch das Arbeitsamt hat auch den Vorzug, daß die bedürftigsten, d. h. in der Regel die schon am längsten arbeitslosen Leute vor anderen berücksichtigt werden.

Wer Arbeit für unsere Erwerbslosen bereit stellt, handelt aber auch im eigenen Interesse als Steuerzahler, denn es werden dadurch die Aufwendungen der Stadtkasse für Barunterstützungen verringert.

Offenburger Anzeigen.

Schuljahrsbeginn. Gymnasium, Oberrealschule, Höhere Mädchen-schule und Frauenschule in Offenburg. Die Anmeldungen neu eintretender Schüler und Schülerinnen werden für alle Anstalten Montag, den 13. September, 8—12 Uhr vorm. und nachmittags 3—5 Uhr, in den Schulgebäuden entgegengenommen, soweit sie nicht bereits angemeldet sind.

Das städt. Frauenbad in der Badstraße Offenburg ist geschlossen.

Die städt. Volksbäder sind künftighin wie folgt geöffnet: Dienstag u. Freitag für Frauen im Mädchenbathaus, Mittwoch u. Samstag für Männer im Knabenbathaus, jeweils von 1—8 Uhr nachmittags.

Anzüge

Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblühend. Auskannst umsonst.

Versandhaus Urania München 2., N. Waldstr. 25.

Grüne Haare

entstelt. Sie! Haare und Bart erhält, ob zu färben Ihre ursprüngl. Farbe und Jugendfrische wieder durch den Gebrauch unserer „Gonda-Haarbalsam.“ Ueberausende Erfolge. Garant. unschädlich. Preis M. 7.50. Eckardt & Co., Mannheim 2. D. Rhein-dammstraße 21. 2366

Haarspangen

Welle und Rämme werden schnell, gut und billig repariert.

Anton Springer Seilingenstr. 51 Tel. 2840. Janger, Karientstr. 35, III.

Springer's Wanzolin

Die beste Wanzentintur. Vernichtet Wanzen samt Eiern unter Garantie. In Flaschen zu M. 2.—, 3.50 und 5.— zu haben bei **Anton Springer** Seilingenstr. 51 Tel. 2840.

Blutreinigung

Das beste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblühend. Auskannst umsonst.

Blutreinigung

Das beste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblühend. Auskannst umsonst.

Blutreinigung

Das beste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblühend. Auskannst umsonst.

Blutreinigung

Das beste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblühend. Auskannst umsonst.

Blutreinigung

Das beste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblühend. Auskannst umsonst.

Blutreinigung

Das beste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblühend. Auskannst umsonst.

Blutreinigung

Das beste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblühend. Auskannst umsonst.

Blutreinigung

Das beste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblühend. Auskannst umsonst.

Blutreinigung

Das beste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung verblühend. Auskannst umsonst.

Möbel

Verlohte, Brautleute, Konsumenten, kurz die enorm Vielen, die bei uns auf Grund unserer Spezial-Angebote in den Zeitungen vom 28. August u. 4. September gekauft haben, sind durch die Beschaffenheit der Ware davon überzeugt, billig u. reell gekauft zu haben und auch wer künftig bei uns kauft, wird diese Ueberzeugung erlangen.

„Weder Bluffs, weder Alter der Firma, noch Phrasen, weder Schlagwörter, noch Manöver geben den Ausschlag“.

Auf die Qualität allein kommt es an, sowohl vor wie nach dem 11. September

Darum kauft wo euch die größeren Ausnahme-Vorteile geboten sind, wie:

Garantie für gute Ware Freie Lieferung innerhalb Badens, Württembergs und der Pfalz. Kostenlose Aufbewahrung bis zu 1 Jahr

Lagerräume: Kaiserstraße 48 und 111 Zähringerstr. 53, 80 u. 82

Möbelhaus Gebr. Bär

Karlsruhe, Kaiserstr. 115
Eingang Adlerstrasse.

Achtung!

Betriebsräte, Betriebsobleute und Vertrauensleute des Bank-, Versicherungs- u. Handelsgewerbe.

Am Samstag, den 11. September 1920, nachmittags 4 Uhr, findet in der „Deutschen Eiche“ eine

Sitzung

aller Vertrauenspersonen der Arbeitnehmerschaft folgender Berufe statt: Bankwesen (Groß- und Kleinbanken, Sparkassen, Hypotheken, Genossenschaftsbanken, Treuhänder und Lebensversicherungen), Versicherungswesen (Lebens-, Unfall-, Feuer- und Hagelversicherung), Verleihung, Verleihung (Handel, Kaufmannschaft), Großhandel (Kauf- und Warenhäuser), Kleinhandel (Zentralverkauf).

Dazu die Organisations-Vertreter der freien Gewerkschaften und der „Afa“.

Kollegen! Erscheint pünktlich und vollzählig. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Ortskartell der „Afa“ Karlsruhe.

Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband. (Filiale Karlsruhe.)

Freitag, den 10. September, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal zum „Elefanten“, Kaiserstraße, eine

Allgemeine Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Koch: „Die geschichtliche Entwicklung des Arbeitstages“.
2. Verhandlungsangelegenheiten.

Die Tagesabfertigung an Feiertagen und Belgien betr.

Das Aufbringungsgefall der von Baden nach Frankreich und Belgien abzuliefernden Pferde ist bis jetzt nur zu etwa einem Drittel erfüllt. Frankreich und Belgien bestehen darauf, daß die festgesetzte Zahl geliefert wird und daß die Abfertigungen sobald als möglich wieder aufgenommen werden. Sie haben aber zugesagt, die Anforderungen hinsichtlich des Alters und der Größe sowie des Zuchtmerkes der abzuliefernden Pferde herabzusetzen. Sie haben sich einverstanden erklärt, in Einkunft Stuten und Fohlen der Ardennen- und der belgischen Rasse im Alter von 18 Monaten bis zu 12 Jahren und von der Mindestgröße von 1,48 Meter abzunehmen. Auch haben sie zugesagt, künftig Pferde anzunehmen, die keinen ausgesprochenen Zuchtwert besitzen, sondern nur Gebrauchspferde sind.

Um eine nochmalige Vorführung sämtlicher Pferde und die Entgegnung von Tieren, die nicht freiwillig abgeliefert werden, zu vermeiden, sollen die noch fehlende Zahl Pferde möglichst im freien Ankauf erworben werden. Wir richten daher an alle Pferdebesitzer die dringende Aufforderung, zur Ablieferung geeignete Pferde der Landwirtschaftskammer hier sobald als möglich zum Ankauf anzubieten. Für die abzuliefernden Pferde werden noch die gleichen Durchschnittspreise wie bei den früheren Abfertigungen bezahlt. Auch liegt es im Interesse der Pferdebesitzer selbst, daß auf diesem Wege die fehlende Zahl aufgebracht werden kann, da sonst ein neuer Vorführungswang sämtlicher Pferde und die Entgegnung von nicht freiwillig abgelieferten Tieren unvermeidlich ist. Die Angebote von zum Ankauf geeigneter Pferde müssen aber sobald als möglich an die Landwirtschaftskammer erfolgen, da bis Mitte September wieder ein Transport abgeliefert werden muß.

Karlsruhe, den 6. Sept. 1920. 2475
Bad. Bezirksamt II.

Ist noch jemand da?

der gebrauchte Möbel, ganze Zimmer-Einrichtungen, sowie einzelne Stücke, Anzüge usw. zu verkaufen hat, der seine Adresse:

Jakob Kübler, Brunnenstraße 2, Karlsruhe, Teleph. 5132.

Achtung!

Billige Bezugsquelle für Marktfahrer, Hausierer und Wiederverkäufer in **Kurzwaren, Bürstenwaren, Schnürriemen, Lederriemen, Schuhcreme** besonders leistungsfähig bei **L. Kurnos, Kaiserstraße Nr. 22.**

Zur Aufklärung!

In ihrer Nummer vom 1. September (Abendblatt) schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

Verhinderung preiswerter Mehlzufuhr?

Berlin, 31. Aug. (Priv.-Tel.) Zwischen den deutschen Bäckereigenossenschaften und dem Ernährungsministerium wird zurzeit ein heftiger Kampf um die laufende Einfuhr amerikanischer Weizenmehls geführt. Vor vier Monaten wandte sich der New Yorker Staatsverband der nordamerikanischen Bäckereimeister, der zu etwa 90 Prozent aus Deutsch-Amerikanern besteht, an die deutschen Bäckereigenossenschaften und nahm mit ihnen Verhandlungen über ein großzügiges Kreditabkommen auf. Die amerikanischen Bäckereimeister erklärten sich bereit, zweimal monatlich je 500 Waggons feinstes amerikanisches Weizenmehl nach Deutschland zu liefern und den deutschen Bäckereimeistern einen Kredit von zwei Millionen, gerechnet vom Tage der Ankunft in Hamburg einzuräumen. Der Preis für das Mehl wurde auf 2,95 bis 3,10 das Pfund festgesetzt. Während die Verhandlungen mit den deutschen Bäckereimeistern durch den ersten Vorsitzenden Max Straßer in New York geführt wurden, gelang es dem zweiten Vorsitzenden der amerikanischen Bäckereimeister, durch Verhandlungen in Washington zu erreichen, daß die amerikanische Regierung für die laufenden Mehltransporte ausreichenden Schiffsraum zur Verfügung stellte. Die deutschen Bäckereimeister wollen das Mehl zum Preis von 3,20 M frei im Laden verkaufen bzw. zu Kuchen, Weißbrot und Brötchen verarbeiten. Leider haben sich dem Kreditabkommen der Amerikaner erhebliche Schwierigkeiten entgegen gestellt. Die deutschen Bäckereigenossenschaften wandten sich an den Ernährungsminister und trugen ihre Anliegen vor. Daraufhin erhielten sie vor 6 Tagen folgendes Schreiben: „Auf Ihre gest. Anfrage teilen wir Ihnen mit, daß vor der Hand nicht beabsichtigt ist, die Einfuhr von Auslandsmehl freizugeben.“ Vor einigen Tagen haben die amerikanischen Bäckereimeister nach Deutschland entsandt, telegraphisch angefragt, ob und wann das Lieferabkommen in Kraft treten solle. Die amerikanischen Bäckereimeister als Sicherheit für die Durchführung der Zahlungen lediglich Bürgschaft der deutschen Bäckereibünde und Genossenschaften verlangt. Sie haben weiterhin sich bereit erklärt, laufend noch größere Mengen als die angebotenen zu liefern. In den Kreisen der deutschen Bäckerei hat die ablehnende Haltung der Regierung eine außerordentlich starke Verärgerung hervorgerufen, die noch dadurch verstärkt wird, daß der Ernährungsminister vor 5 Tagen einer der größten Bäckereigenossenschaften auf eine Anfrage mitteilte, daß eine Erhöhung der Produktion von der Ablieferung des Brotgetreides aus der neuen Ernte abhängig gemacht werden müsse und daß auch eine bessere Ausnutzung des Getreides aus diesem Grunde vor der Hand nicht möglich sei. In einer Verhandlung mit dem Vorsitzenden der Ernährungskommission der Interalliierten Kommission wurde den Vertretern der deutschen Bäckerei vor wenigen Tagen zudem klar gemacht, daß die Londoner Konferenz leider wenig praktische Ergebnisse erzielt habe, da England selbst beim besten Willen nicht imstande sei, dem deutschen Volk wesentliche Hilfe anzubieten zu lassen. Die deutschen Bäckereimeister stehen auf dem Standpunkt, daß der Verkauf amerikanischer Weizenmehls zum Preis von 3 M eine durchaus nicht zu unterschätzende Hilfe für die Ernährung der deutschen Bevölkerung im ganzen Reich zu einem Protz aufzurufen.

Karlsruhe, den 6. September 1920.

Freie Bäder-Zunung.

Schuhhaus Haller

60 Kaiserstrasse 60 5261
Billige Preise. Reiche Auswahl.

Goldbarsch

aus eigener Kucherei.

Verkauf auf den Märkten sowie in der Verkaufsstelle im Angarten-Strasse 48. 5263
Wiederverkäufer gesucht.

A. MAIER.

Ist noch jemand da?

der Schuhe, Kleider u. Wäsche u. i. v. zu verkaufen hat? Zahle die höchsten Preise. Politische genügt.

Psisucha, Zähringerstraße Nr. 30.

Kragen - Wäscherei Schorpp

Liefert schnellstens **Stärke-Wäsche**

Annahmestellen: **Karlsruhe**

Ludwig-Wilhelmstr. 8, Kaiserstr. 24 u. 243

Gerwigstrasse 49, Amalienstrasse 15

Waldstrasse 64, Wilhelmstrasse 22

Augustastrasse 18, Schillerstrasse 18

Kaiserstrasse 87, Gabelsbergerstr. 1

Rheinstrasse 13, Durlach: am Hauptstrasse 15.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. Direkt nur an Wiederverkäufer.

Schramberger Uhrenfabrik G.m.b.H. Schramberg, Würtb.

Platin Gebisse

taucht zu gewerblichen Zwecken. Höchste Preise.

W. Jung, Kaiserstr. 9, 1 Treppen. Nur von 1/2 bis 1/2 bis 1/2 Uhr.

Altmetall

Karlsruher Rohproduktenhaus

86 Schützenstr. 86.

Modellhut-Ausstellung

Ich beehre mich höflichst mitzuteilen, daß sämtliche Neuheiten zur Herbst- und Winterzeit eingetroffen sind und mit einer sehr aparten Kollektion Wiener Modell-Hüten und solcher eigener Herstellung zu mäßigen Preisen bereit stehen. Zur geneigten Besichtigung erlaube ich mir ergebenst einzuladen

Hochachtungsvoll

Trauer-Hüte

aus eigenem Atelier in eleganter Ausführung und grosser Auswahl.

L. Ph. Wilhelm

Inh. Maria Heilmann

Kaiserstrasse 205. Telephon 1609.

Die Herrin der Welt

Ab heute, bis Dienstag, den 14. Sept.

5. Teil

Ophir, die Stadt der Vergangenheit

Central-Lichtspiele

Karlriedrichstr. 26.

Ab 22. September erscheint der 6. Teil.



Städtisches Konzerthaus.

Mittwoch, den 8. September 1920

Das Musikantenmädel

Operette in 3 Akten von Georg Jarno.

Regist. Therese Müller-Reichl a. G.

Anfang 7 Uhr. 11. — Ende geg. 10 Uhr.

Getragene Kleider aller Art

Shuhe, Wäsche, Federbetten, Pfand-scheine etc. kauft ständig zu höchst. Wert

Zel. 2051 Karlsruher Tel. 2051

Zähringerstr. 50. — An- und Verkauf.

Tanz-Schule

R. Landmesser

Gerwigstrasse 12

Alte und mod. Tänze

Gef. Anm. sofort erbeten.

Altmetall

Karlsruher Rohproduktenhaus

86 Schützenstr. 86.

Arthur Baer

Kaiserstr. 123, 1 Tr. hoch

Eingang Kreuzstrasse.

Fragmentary text from the right edge of the page, including words like 'Kriegs...', 'Angriff...', 'genom...', 'war.', 'das na...', 'falls b...', 'ten fe...', 'abgefi...', 'Be...', 'net die...', 'eine I...', 'lations...', 'belegte...', 'Grenzi...', 'den wo...', 'wird d...', 'nach W...', 'Ein...', 'Note i...', 'hinbei...', 'das bi...', 'Reich...', 'deutsc...', 'lange.', 'Friede...', 'beli...', 'folgt...', 'Regier...', 'den b...', 'nahm...', 'Neubau...', 'gen a...', 'Delega...', 'lich a...', 'vom 1...', 'ferung...', 'Ber...', 'Korn...', 'graph...', 'Vollg...', 'harrig...', 'Mißg...', 'auf d...', 'Unio...', 'den d...', 'Wid...', 'zu w...', 'wiewe...', 'jume...', 'Zu...', 'Berf...', 'linter...', 'den 1...', 'beron...', 'hand...', 'neler...', 'Berr...', 'der 1...', 'E. P.', 'unte...', 'festi...', 'aus', 'Wir', 'aller'.